

Betriebsrats- information



NOVEMBER 2017

DIAKONIEWERK OBERÖSTERREICH

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das **Sparpaket von 2015** ist für die Behindertenarbeit OÖ eine massive Belastung und wird – so die damals unterzeichneten Vereinbarungen – erst bis 2020 zur Gänze umgesetzt sein.

Der Budgetentwurf der schwarz-blauen Landesregierung sieht jedoch – entgegen der Vereinbarung – für **2018 außerplanmäßige Einsparungen** vor:

Das nun geplante Budget von der Abteilung Soziales für 2018 enthält zusätzliche Kürzungen und nicht vereinbarte Anteile. So steht z. B. eine Erhöhung des Budgets des Sozialressorts um lediglich 3 % (statt der 2015 zugesicherten 5%) im Raum.

Diese weiteren Kürzungen sind nicht umsetzbar. Dies ist auch eine klare Aussage der Geschäftsführungen. Die Dienstgeber (IV-S) und die Gewerkschaften bestehen auf die Einhaltung der Vereinbarung von 2015.

Als Budgetnachtrag wurden jetzt vom Landeshauptmann 9,8 Mio. Euro zugesichert, ansonsten hätte es bereits jetzt zu einer Anmeldung von Kündigungen beim AMS nach dem Frühwarnsystem kommen müssen. Mit dem Budgetnachtrag ist allerdings keine Sicherheit für die kommenden Jahre gegeben und die Vereinbarung von 2015 wird weiter in Frage gestellt.

Wenn weitere Kürzungen kommen, können Projekte im Bereich der Behindertenarbeit, der Wohnungslosenhilfe und der psychosozialen Betreuung nicht durchgeführt werden. Es müssten Standorte aufgelöst werden, damit sind auch Arbeitsplätze gefährdet.

Auf diese Gefahr des Kaputtsparens wollen wir öffentlich hinweisen:

GROSSDEMO in Linz gegen Lohnkürzungen* und Sozialabbau

am Di, 5. Dezember um 7:30 Uhr auf der Promenade vor dem Landhaus

>nähere Info (Bustransfer, Organisation, Arbeitszeit, ...) folgt<

Sowohl die IV-S (Interessenvertretung der Dienstleistungsunternehmen im psychosozialen- und Behindertenbereich OÖ) wie auch die Gewerkschaften gpa-djp und vida werden Druck auf die politisch Verantwortlichen von Landesregierung und Sozialressort ausüben.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen, euer BR-Team

* wir demonstrieren gemeinsam mit dem öffentlichen Dienst OÖ, deren Gehaltsabschluss gefährdet ist